

Liebe Genossinnen und Genossen,

in ein paar Tagen geht das Jahr 2016 zu Ende und ich möchte mich in diesem Newsletter bei allen Genossinnen und Genossen der SPD im Landkreis Osnabrück für ihr ehrenamtliches und beispielhaftes Engagement bedanken.

Viele Genossinnen und Genossen, aber auch parteilose Bürgerinnen und Bürger, stellten sich zur Kommunalwahl auf den Listen der SPD zur Verfügung. Ihnen allen gilt mein herzlicher Dank. Sie haben sich auch im Vorfeld zur Kommunalwahl engagiert eingebracht, um die wichtigen Wahlthemen vorzubereiten und zu diskutieren, die dann im Frühjahr auf einem Kreisparteitag beschlossen wurden.

Wichtige Eckpunkte für unsere Arbeit in den Räten sind:

- **bezahlbarer Wohnraum in unseren Städten und Gemeinden,**
- **Ausbau von Krippenplätzen,**
- **fachärztliche und hausärztliche Versorgung und**
- **Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs.**

Leider ist es uns trotz eines sehr guten Wahlkampfes nicht gelungen, unser Ergebnis der Kommunalwahl 2011 zu halten. Insbesondere die Vielzahl der Wählergemeinschaften im Landkreis Osnabrück, aber auch das Auftreten der AfD, hat uns Sozialdemokraten sehr zu schaffen gemacht.

Das gleiche gilt natürlich auch für einige Stadt- und Gemeinderäte. Für uns ist es wichtig, das Ergebnis der Kommunalwahl so zu akzeptieren und zu versuchen, durch ein Bündnis und eine konstruktive Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen sozialdemokratische Themen für die Bürgerinnen und Bürger in den Kommunalparlamenten umzusetzen. Wo es notwendig ist, müssen wir durch konstruktive Oppositionsarbeit und gute Argumente für unsere Sache bei den Bürgerinnen und Bürger punkten.

Die Demokratie lebt von Wahlen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Landkreis Osnabrück haben dafür unseren Bundestagsabgeordneten Rainer Spiering auf der Wahlkreisdelegiertenversammlung mit einem sehr guten Ergebnis viel Rückenwind für die Bundestagswahl 2017 gegeben. Im Wahlkreis der Stadt Osnabrück, zu dem auch die Umlandgemeinden gehören, wurde Antje Schulte-Schoh nominiert.

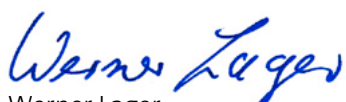
Rainer hat in den vergangenen drei Jahren eine hervorragende Arbeit in Berlin geleistet. Für ihn bedeutet sein Wahlkreis eine hohe Verpflichtung. Dafür gilt Rainer mein herzlicher Dank.

Zum Schluss, liebe Genossinnen und Genossen, noch eine Bitte:

Der Wunsch des Kreisvorstands ist es, mit den Mitgliedern der Partei mehr und regelmäßiger im Dialog zu sein. Daher bitten wir euch, der Geschäftsstelle Osnabrück unter bueros.osnabrueck@spd.de eure E-Mail-Adresse mitzuteilen, sofern noch nicht geschehen.

Neben meinem Dank wünsche ich euch persönlich und euren Familien eine schöne Weihnachtszeit und ein gutes Jahr 2017. Mögen all eure Wünsche in Erfüllung gehen.

Mit freundlichem Gruß



Werner Lager
SPD-Kreisvorsitzender



Rainer Spiering wieder für den Bundestag nominiert

Die Wahlkreisdelegiertenversammlung für den Bundestagswahlkreis 38 (Landkreis Osnabrück) bestimmte Rainer Spiering mit 92 Prozent erneut zum Kandidaten.

In seiner Rede im Hotel Hilker in Bersenbrück betonte der Bundestagsabgeordnete, dass sich die SPD wieder mehr auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren müsse: *„Ich sehe als unsere Hauptaufgaben: Eine kostenfreie Bildung von Anfang bis Ende, sprich kostenfreie Kita- und Krippenplätze. Die Einführung einer soliden Grundrente, ein Zuwanderungsgesetz und die Sanierung und moderne Ausstattung unserer Schulen“.*

Die Versammlung honorierte die offenen Worte mit breiter Zustimmung. *„Ich danke Euch für das Vertrauen und freue mich auf den gemeinsamen Wahlkampf“*, nahm Rainer Spiering das Ergebnis sichtlich erfreut an.

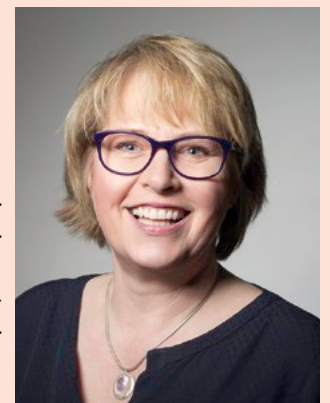


Wahlkreisdelegiertenversammlung nominiert Antje Schulte-Schoh

Die Wahlkreisdelegiertenversammlung im Bundestagswahlkreis 39 (Stadt Osnabrück und die sog. Hufeisengemeinden im Landkreis) hat mit überwältigender Mehrheit die Vorsitzende des Unterbezirks Osnabrück-Stadt, Antje Schulte-Schoh, als Kandidatin für die Bundestagswahl nominiert. 71 der 75 anwesenden Delegierten stimmten für Antje, die unter dem stehenden Beifall der Genossinnen und Genossen die Wahl annahm.

In den Mittelpunkt ihrer Bewerbungsrede im Treffpunkt Atterkirche stellte Antje Antworten auf die Frage, wie wir gemeinsam in Zukunft leben wollen.

Sie sprach sich ausdrücklich für eine sichere und gerecht bezahlte Arbeit aus, für Nachbesserungen beim Mindestlohn und die Verhinderung von Altersarmut. *„Unter ‚Gute Arbeit‘ ist aber auch gleiche Bezahlung und Chancengleichheit für Frauen und Männer zu verstehen“*, betonte Antje Schulte-Schoh.



„Hat die Kirche zu viel Macht im Staat?“

Jugendkonferenz der Jusos Osnabrück-Land zur Trennung von Staat und Kirche

Werden Staat und Religionsgemeinschaften ausreichend voneinander getrennt oder hat die Kirche zu viel Einfluss? Zu dieser Diskussion luden die Jusos im Landkreis Osnabrück in die Katholische Familienbildungsstätte Osnabrück ein.

Nach einer kurzen und anschaulichen verfassungsrechtlichen Einführung durch Marco Beckmann, in der das Trennungsprinzip und die Übernahme der Weimarer Reichsverfassung erklärt wurden, diskutierten Hans Hentschel (Ev.-luth. Kirchenkreisverband Osnabrück-Stadt und -Land), Dr. Sascha Rother (Humanistischer Verband Niedersachsen), Werner Massow (Kirchengewerkschaft Niedersachsen) und Theo Paul (Generalvikar Bistum Osnabrück) unter der Moderation des stellvertretenden Juso-Bezirksvorsitzenden Daniel Schweer. Schnell wurde unter den Podiumsteilnehmern deutlich, dass sich die Grundwerte aller Gemeinschaften in großen Teilen überschneiden – unabhängig davon, „ob es einen Gott gibt.“ Dass die Kirche heute längst nicht mehr so viel Macht und Einfluss hat wie im Mittelalter, war Konsens unter den Podiumsgästen. Es gab aber dennoch unterschiedliche Meinungen, ob die Kirchen immer noch zu viel Einfluss haben, beispielsweise als Arbeitgeber in den sozialen Bereichen. Ob

die Kirchenmitgliedschaft wirklich in jedem Beruf in kirchlicher Trägerschaft eine Anstellungsvoraussetzung sein sollte, fand durchaus unterschiedliche Meinungen. Hentschel forderte, dass ein Mitarbeiter einer kirchlichen Einrichtung auch Mitglied der Kirche sein sollte.

gesellschaftliches Kapital gehe in die Kirche, welche im Kita-Bereich nur „eine Spitzenfinanzierung“ leiste. Dass es jedoch gut sei, die wirtschaftliche Macht der Kirchen wie in Frankreich zu brechen, glaubt auch er nicht. Nicht vergessen dürfe man, dass der Staat durch die Entschädigung für die Einziehung der Kirchensteuern auch nicht ganz leer ausgehe. Rother schlug stattdessen vor, die Mitgliedsbeiträge nicht mehr über den Staat zu regeln, sondern direkt von den Kirchen einziehen zu lassen.

Der umstrittene „Dritte Weg“

Gerade das Arbeitsrecht und der von den Kirchen praktizierte „Dritte Weg“ ohne Streikrecht und klassische Gewerkschaften gelten derzeit

noch als Teil der kirchlichen Selbstbestimmung. Paul verteidigte den „Dritten Weg“ als alternatives Konfliktklärungsmodell. Hentschel, Massow und Rother wünschten sich hingegen, dass auf Dauer das allgemeine Modell auch in den Kirchen Einzug hält. Was könne schon schlimm daran sein, wenn auch in kirchlichen Einrichtungen gestreikt würde? Massow zeigte sich enttäuscht vom Urteil des Bundesarbeitsgerichts, wie weit die Selbstbestimmung der Religionsgemeinschaften reichen dürfe, insbesondere in Bezug auf das Streikrecht.



Uneinigkeit bei der Kirchensteuer

Hans Hentschel und Theo Paul von den beiden christlichen Kirchen verteidigten das derzeitige System der Kirchensteuer. „Die Kirchensteuer hilft, soziale Projekte zu bezahlen“, meinte Hentschel. Ohne eine Kirchensteuer würde sich die Kirche zwar verändern, aber dennoch Kirche bleiben. Das habe er im Ausland selbst erfahren. Für Paul hilft die Steuer vor allem, Arbeitsplätze zu sichern. „Verlässliche Arbeitsbedingungen gibt es nur bei finanzieller Sicherheit“, meinte er. Massow widersprach dem zum Teil. Viel

60plus im Osnabrücker Land setzt auf den Markenkern „Das soziale Herz“

Die Erwartungshaltung an die 60pluser ist durch die demographische Entwicklung in unserer Gesellschaft ausgeprägt stark. Diesem Wunsch wollen die Aktiven in der SPD-Arbeitsgemeinschaft mit aller Kraft gerecht werden.

Ein hilfreiches Bündnis „Alt hilft Jung – und umgekehrt“ wird dabei verstärkt umgesetzt.

An über 20 Wahlständen im Kommunalwahlkampf konnte diese Verbindung weiterentwickelt werden und wurde überzeugend an die Bürgerinnen und Bürger vermittelt.

„Gemeinsam mit den SPD-Ortsvereinen konnten wir Flagge zeigen und die Vorteile des Bündnisses herausstellen“, so der AG-Vorsitzende Henry Joelifier. Ein 2,60 Meter hoher Leuchtturm erzeugte nicht nur Aufmerksamkeit in den Fußgängerzonen und vor Supermärkten, sondern lud auch zu Gesprächen ein.

Kurt Kallert und Peter Gromm hatten den Leuchtturm in über 100 Arbeitsstunden gebaut und transportieren ihn durch den gesamten Landkreis. Vor Ort wurden dann 60plus-Flyer „Das soziale Herz“ verteilt und die Ortsvereine stellten knackige

Äpfel mit SPD-Logo bereit, die erfreulich gut angenommen wurden.

Auch die SPD-Prominenz kam zu den 60plus-Aktionen: So hinterließen beispielsweise unser Außenminister Frank-Walter Steinmeier, Ministerpräsident Stephan Weil und SPD-Vize Thorsten Schäfer-Gümbel ihre Unterschrift am Leuchtturm.

„Die AG 60plus freut sich auf das Jahr 2017 mit wieder tollen Aktionen zur Bundestagswahl. Weitere Unterstützerinnen und Unterstützer sind herzlich willkommen“, so Joelifier abschließend.

